

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) Im Anzeigentell:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) Im Reklametell:  
die Seite 65 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
kommen 50% Zuschlag

**Für Platzvorschriften**  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gesetzstand**  
für beide Teile ist Calw



**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wohentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestelgeld

**Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags**

**In Fällen höherer Gewalt**  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Sprechsprecher Nr. 9**

**Verantw. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

## Einspruch gegen Litauens Willkürherrschaft

### Deutsche diplomatische Schritte in Rowno, Paris, London und Rom wegen der ungesetzlichen Auflösung des Memelländtags

**II. Berlin, 24. März.** Die ungesetzliche Auflösung des Memelländischen Landtages hat zu Protestschritten der deutschen Regierung in Rowno, Paris, London und Rom geführt. In diesen Protesten wird darauf hingewiesen — und zwar in Übereinstimmung mit dem letzten gemeinsamen Schritt der Unterzeichnermächte in Rowno —, daß das Direktorium Einmütig in Widerspruch zum Memelstatut gebildet worden ist, da es als ein ausgesprochenes Kampfdirektorium gedacht war zu dem Zweck, den Memelländischen Landtag aufzulösen. Ungesetzlich war also bereits die Bildung dieses Direktoriums. Ungesetzlich ist ebenso die Auflösung des Landtages.

Die Unterzeichnermächte werden weiter darauf hingewiesen, daß ihre Verantwortung für die weitere Entwicklung im Memelgebiet fortbesteht, daß die Angelegenheit Böttcher das Saager Gericht beschäftigt muß und daß endlich — was nunmehr die wichtigste Frage ist — die Neuwahlen zum Memelländischen Landtag vollkommen im Einklang mit dem Memelstatut vor sich gehen müssen und durch irgendwelche Nachschaffungen des Direktoriums nicht verfrachtet werden dürfen.

In Berichten aus Rowno ist bereits von einer Verordnung des Gouverneurs die Rede, wonach Litauern, die in Memel nicht ortsanfässig sind, aber unter irgendwelchen Vorwänden während der Wahlzeit ins Memelgebiet hineingebracht werden, die Möglichkeit einer beschleunigten Einbürgerung verschafft werden soll. Auch dies würde selbstverständlich einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut und Sinn der Gesetzesbestimmungen bedeuten. Vielleicht wird zu überlegen sein, ob nicht notfalls eine einstweilige Verhinderung seitens des Saager Gerichtshofes in Anspruch genommen werden könne. Im übrigen wird mit Bestimmtheit erwartet, daß der litauische Außenminister Jaanus seine in Genf gegebene Zusage nunmehr wenigstens in dem Punkte einhält, daß der Belagerungszustand endlich aufgehoben wird.

**Neuwahlen zum Memelländischen Landtag am 4. Mai**

Die Neuwahlen zum Memelländischen Landtag sind nach einer am Mittwoch in Rowno erlassenen Verfügung des Gouverneurs auf den 4. Mai festgesetzt worden. Gemäß § 11 der Memelkonvention werden die Wahlen zum Memelländischen Landtag auf Grund des in Litauen geltenden Wahl-

systems durchgeführt. Es besteht also die Möglichkeit, daß eine Knebelung durch das geplante neue Sejm-Wahlgesetz eintritt.

**Der Wahlterror im Memelgebiet beginnt**

Wie die „M.Z.“ aus Memel meldet, hat der Kommandant des Memelgebietes der memelländischen Landwirtschaftspartei, der größten Partei des Memelgebietes, die Abhaltung von Versammlungen vorläufig verboten. Das Verbot soll so lange bestehen bleiben, bis ein „Zwischenfall“ aufgeklärt ist, der sich am 18. März in einem Dorf bei einer Versammlung der Partei zugetragen hat. In dieser Versammlung hatte ein großlitauischer Parteimann führende Persönlichkeiten der Landwirtschaftspartei auf das schwerste beleidigt. Die Zuhörer beforderten darauf trotz des Widerspruchs des Versammlungsleiters und des Parteivorstehenden den großlitauischen Parteimann an die frische Luft.

## Ungarn für den Tardieu-Plan

**II. Budapest, 24. März.** Im 3er Ausschuss äußerte sich Außenminister Dr. Bako über den Tardieu-Plan. Der Minister stellte vor allem fest, daß die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donaufürstentümer noch keine bestimmten Formen angenommen habe. Den Grundgedanken des Tardieu-Planes umschrieb Dr. Bako wie folgt: Die fünf Donaufürstentümer — Ungarn, Österreich, Tschechoslowakei, Rumänien und Südwesten — sollen auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiet ein System der gegenseitigen Vorzugsabgabe aufbauen. Dann könnten die Ausfuhrerleichterungen der landwirtschaftlichen Staaten von den sogenannten Industrieländern teilweise übernommen werden, wobei die interessierten Staaten mit dritten Staaten ergänzende Abkommen schließen könnten.

Die Stellungnahme Ungarns zu dem Tardieu-Plan bestehe aus drei Punkten: 1. erhoffe Ungarn von der Bewirkung des Planes bessere Absatzmöglichkeiten, 2. sei infolge der zentralen Lage Ungarns aus dem sich voraussichtlich stark belebenden Durchgangsverkehr ein Nutzen zu erhoffen und 3. dürfte die wirtschaftliche Belebung auch eine Besserung der Finanzlage zur Folge haben. Die ungarische Regierung sei daher für den Plan Tardieus.

## Rein deutscher Auslands-Zahlungsausschub

### Die Reichsregierung gegen beunruhigende Gerüchte — Der Reichshaushalt 1932

**II. Berlin, 24. März.** Gegenüber beunruhigenden Gerüchten, besonders im Ausland, wonach Deutschland demnächst ein **Auslandsmoratorium** erklären müsse oder werde, wird von zuständiger Stelle mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß von keiner deutschen Regierungsstelle eine derartige Maßnahme beabsichtigt sei.

**Der neue Reichshaushaltplan für 1932**

dessen Aufstellung vor dem Abschluß steht, wird, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, in Einnahmen und Ausgaben mit etwa 85 Milliarden Mark ausgeglichen sein. Er wird also um etwa 800 Millionen Mark niedriger liegen, als der Haushaltsplan für 1931. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß das Reichskabinett noch weitere Abstriche vornimmt und neue kommende Notverordnungen eine neuerliche Drosselung der Reichsausgaben bringen, zumal es angesichts der sinkenden Steuerkraft des deutschen Volkes ziemlich ausgeschlossen erscheint, daß die jetzt im Rohen vorliegenden Schlusssummen des Etats unverändert bleiben werden. Für Tributtelungen ist im neuen Haushaltsplan nichts eingeplant.

**Ordnungsmäßige Durchführung der Einkommensteuerveranlagung.**

Amlichs wird mitgeteilt: Gerüchtwiese wird behauptet, die Reichsregierung wolle die Einkommensteuer für 1931 durch die geleisteten Vorauszahlungen abgelten und überzahlte Vorauszahlungen nicht erstaten. Weiter sei beabsichtigt, am 10. April 1932 eine weitere Vorauszahlung auf die Einkommensteuer zu erheben. Diese Gerüchte entsprechen in keiner Weise den Tatsachen. Die Termine für die Einkommensteuervorauszahlungen sind durch die Notverordnung vom 7. Dezember 1931 und die Verordnung vom 5. März 1932 um je 1 Monat vorverlegt worden. Die nächste Einkommensteuervorauszahlung ist also am 10. Juni 1932 fällig. Die Einkommensteuerveranlagung wird ordnungsmäßig durchgeführt werden, überzahlte Vorauszahlungen werden nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften erstattet werden.

**Verlängerung des Maisgesetzes**

Der Reichsrat stimmte am Mittwochabend der Ver-  
ordnung zu, durch die das Maisgesetz um 2 Jahre verlängert wird, nachdem bereits vorher der volkswirtschaftliche Ausschuss seine Zustimmung zu dieser Verlängerung gegeben hatte. Die Verordnung kann nunmehr am 1. April in Kraft treten. Die Ausschüsse des Reichsrates waren in ihrer überwiegenden Mehrheit der Auffassung, daß sowohl vom agrarpolitischen, wie vom handelspolitischen Standpunkt aus am dem Maismonopol festzuhalten sei. Für die nächste Sitzung des Reichsrates ist der 14. April in Aussicht genommen.

**Ausdehnung des Begriffes „Vorstädtische Kleinsiedlung“**

Mit den vom Reich bei der gegenwärtigen Finanznot für die vorstädtische Kleinsiedlung bereitgestellten Mitteln lassen sich begreiflicherweise nicht alle Siedlungswünsche erfüllen. Um auch den zahlreichen Interessenten, die noch über eigene Mittel verfügen, eine erhöhte Siedlungsmöglichkeit im Sinne der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 für die vorstädtische Kleinsiedlung zu schaffen, hat der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung die Landesbehörden ermächtigt und angehalten, durch Anerkennung derartiger Siedlungsvorhaben als vorstädtische Kleinsiedlungen diesen die gleichen baupolizeilichen, ortsbau- und steuerverrechtlichen Erleichterungen zuzugestehen, wie den reichseigentlich unterstützten Siedlungsvorhaben. Der Kreis der Berechtigten ist nicht auf Erwerbslose und Kurzarbeiter beschränkt. Im Falle der Selbstfinanzierung sind auch Abweichungen von den Richtlinien des Reichskommissars in bezug auf die Bauweise zulässig, sofern die Bauvorhaben dadurch nicht den Charakter vorstädtischer Kleinsiedlungen verlieren. Man hofft, daß auf diese Weise eine merkliche Belebung der Siedlungs- und Bau-tätigkeit erzielt werden wird.

**Dr. Goerdeler beim Reichspräsidenten**

Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, zur Berichterstattung.

## Tages-Spiegel

Der Reichshaushalt für 1932 ist gegenüber dem vorjährigen Etat um 800 Millionen **R.M.** niedriger gehalten. Die Tributzahlungen sind aus dem neuen Haushaltsplan verschwunden.

Die Reichsregierung hat gegen die ungesetzliche Auflösung des Memelländtages in Rowno, Rom, Paris und London protestiert.

Der Reichsinnenminister erbat telegraphisch aus Braunschweig Aufklärung über die dort geplante Hitlerjugendtagung, die sich mit dem Osterburgfrieden nicht vereinbaren läßt.

Die Hamburger Bürgerschaft nahm gestern die entscheidende Abstimmung über den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft vor. Der Antrag wurde von allen anwesenden Abgeordneten angenommen.

Anlässlich der Wiederkehr des ersten Jahrestages des deutschen Abstimmungsieges in Oberhessen veranstalteten die deutschen Verbände in Gleiwitz eine riesige Gedenkfeier, auf der mehr als 15 000 Personen erneut ihr Treuegelöbnis zum Reich ablegten.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist am Mittwoch um 20 Uhr **MEZ.** in Pernambuco gelandet. Die Fahrt verlief glatt.

## Sacketts Pariser Besuch

— Paris, 24. März. Zu dem Besuch des Botschafters Sackett wird erklärt: Sackett habe mit dem französischen Ministerpräsidenten und mit dem deutschen Botschafter gesprochen und dabei hauptsächlich Finanzfragen gestreift. Man sei jedoch stillschweigend übereingekommen, nicht auf Einzelheiten einzugehen und jede diplomatische Aktion aus dem Wege zu lassen, da zu diesem Zeitpunkt politische Verhandlungen ohne Teilnahme der Vertreter der übrigen Großmächte nicht zweckentsprechend seien. Die wahre Bedeutung des Besuchs habe in der **Ausprache** zwischen den Botschaftern Sackett und Edge gelegen. Letzterer sei in der Lage gewesen, seinem Berliner Kollegen über die politischen Eindrücke seiner letzten Amerikareise zu berichten. Es seien die Deutschland und Amerika berührenden finanziellen und wirtschaftlichen Fragen behandelt worden. Schließlich habe auch die endgültige Lösung der Stillhalte- und Tributfrage eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Ein direktes Eingreifen des Berliner Botschafters in die Verhandlungen mit der französischen Regierung gehöre nicht zu den diplomatischen Pflichten, doch werde Edge sicher nicht veräumen, den französischen Ministerpräsidenten und den Außenminister über die Auffassung seines Berliner Kollegen zu unterrichten. Indirekt sei also der Besuch Sacketts in Paris nicht bedeutungslos.

## Englische Antwort an Irland

**II. London, 24. März.** Der Minister für die Dominien, Thomas, gab am Mittwoch im Unterhaus zur irischen Frage eine Erklärung ab. Er teilte mit, daß das englische Kabinett eine Mitteilung an die irische Regierung über die Frage des **Treueides** ausgearbeitet habe, in der der Standpunkt Englands in der eubendatigen Weise dargelegt werde. Der Eid sei als untrennbarer Teil des englisch-irischen Vertrags zu betrachten, der vor 10 Jahren abgeschlossen und von beiden Seiten ehrenhaft befolgt worden sei. Eine Einstellung der jährlichen Entschädigungszahlung an England würde eine offene Verletzung eines rechtlich einwandfreien Abkommens sein, ganz gleich, was für eine Regierung in Irland an der Macht sei. Ueber die Stellungnahme der englischen Regierung könne kein Zweifel bestehen. Ein in Ehren abgeschlossenes Abkommen könne nur durch eine von beiden Vertragsparteien gebilligte Verabredung geändert werden.

## Ueberfall in Hamburg

auf den japanischen Vizekonsul.

**II. Hamburg, 24. März.** In der Nacht zum Dienstag wurde, wie erst jetzt bekannt wird, auf den hiesigen japanischen Vizekonsul ein Ueberfall verübt. Der Konsul befand sich in Begleitung einer Dame auf dem Heimwege, als plötzlich mehrere Männer über ihn herfielen und ihn mißhandelten. Er trug erhebliche Stießerletzungen am Kopfe davon, konnte aber nach Anlegung eines Notverbandes auf der nächsten Polizeiwache in seine Wohnung entlassen werden. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden. Die näheren Umstände des Ueberfalls sind noch nicht geklärt. Es handelt sich vermutlich um einen persönlichen Racheakt.

1932  
Angebot  
Uebersicht  
Kalender  
Garten  
Fest  
Kaffee  
Lager  
Garbis  
Serieren  
Anzeigen

# Der erste Haushalt ohne Tribute

## Streckung des Haushaltsjahres oder Nothaushalt? — Die Bedeutung von Lausanne

Die Wahrscheinlichkeit einer raschen Folge mehrerer großer Wahlschlachten, noch einmal um den Reichspräsidenten, sodann um das Preußenhaus und vielleicht auch um den Reichstag, deren Ausgang jede deutsche Regierung naturgemäß mit denkbar größter Spannung verfolgen müßte, enthebt die Wilhelmstraße nicht von den harten Forderungen des Tages. Am 1. April beginnt bekanntlich das neue Haushaltsjahr.

Der Haushalt liegt aber bisher weder der Öffentlichkeit, noch dem zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Reichstag vor, der eigentlich von Weihnachten ab sich in eine sachliche und verantwortungsbewusste Haushaltsberatung hätte vertiefen müssen — woran sachlich natürlich durch die durch Notverordnung schon im Oktober vorvorgang erfolgte Verlängerung des Haushaltsjahres bis zum 1. Juli nichts Wesentliches geändert wird. Die Erledigung dieser Aufgabe bildet ja den eigentlichen Sinn und Zweck jedes Parlaments. Es weiß aber von dem kommenden Haushalt noch weniger als das Ausland. Dessen Sachverständigen wurden die vermutlichen Einnahme- und Ausgabenposten des Reichshaushalts während der Baseler Beratungen wenigstens schätzungsweise vorgeführt. Sie erklären dazu, daß die Zahlen auf keinen Fall als übermäßig günstig zu betrachten seien. Daraus können wir den nicht mehr überraschenden Rückschluß auf einen Krisenhaushalt erster Ordnung ziehen.

Das mildert unsere Freude über eine ganz besondere Eigenschaft, die er aufweisen soll. Er wird der erste Haushalt ohne Tribute sein. Die sind zwar noch nicht aufgehoben, aber schon angekündigt. Ein Reichsfinanzminister könnte heute nicht einmal mehr aus formalen Gründen noch irgendeine runde Millionenzahl für die Tribute im Ausgabenteil einsehen, weil er dann von vornherein jede Möglichkeit verlore mit einigermaßen ruhigem Gewissen auch nur einen Papierausgleich auf der Einnahmenseite herzustellen. Der Staubwirbel im Ausland, der durch das Fehlen der Tributzahlen im kommenden Reichshaushalt hervorgerufen werden könnte muß in Kauf genommen werden. Selbst der französische Generalsstab, der angeblich marisch bereit stehen soll, kann sich kaum dem Glauben hingeben, daß sich die Tribute mit Maschinenengewehren in den deutschen Haushalt wieder hineinzwingen lassen.

Aber was ist heute schon damit gewonnen, daß wir einen Reichshaushalt ohne Tribute bieten? Vor ein, zwei Jahren durfte man noch damit rechnen, daß ein solcher Vorgang Anlaß zu einer Art Volksfest geboten hätte. Heute gestaltet er sich zu einer Selbstverständlichkeit — Und — das Schlimmste! — die Ausgabenlast entlastet sich dadurch auf keinen Fall so weitgehend, daß die Einnahmenseite damit auch nur einigermaßen sicher in Ausgleich gebracht werden könnte. Wäre das möglich, dann würde dieses wichtigste aller Gesetzgebungswerke, das Rückgrat der ganzen Staatswirtschaft, nicht in den Aemtern und im Kabinett immer noch wieder hin- und hergewendet. Dann hätte man nicht nötig, feierliche Versicherungen abzugeben, daß keine erneute Kürzung der Beamtengehälter oder eine ähnliche Herabsetzung der Beamtenbezüge durch Ortsklassenverschiebung und andere Mittel geplant sei.

Dann könnte man vielleicht auch dem Steuerzahler einige Hoffnungen machen, die er aus der Vorverlegung des Steuerzahlungstages vom 10. April auf den 10. März sicher nicht entnommen hat. Nach allem ist nicht mit der Vorlage eines endgültigen Haushalts zu rechnen. Im Verlauf des knappen halben Monats, der noch bis zum 1. April für Ueberlegungen, neue Berechnungen und Anschläge bleibt, findet man vielleicht die parlamentarische Zustimmung zur Streckung des Haushaltsjahres über den 1. Juli hinaus bis zum ...

Da taucht schon eine neue Frage auf! Der 30. Juni als Grenze der erforderlichen Verlängerung des Haushaltsjahres scheidet schon aus, weil die Begründung mit der Ungewißheit der Lausanner Junikonferenz gegeben werden müßte. Wer versichert uns aber die Beendigung der im Januar fällig gewordenen Tributkonferenz noch so rechtzeitig, daß für die Festlegung eines Haushaltes wenigstens bis zum 1. Juli 1932 auch nur die geringste Aussicht bestünde?! Weil die deutsche Wirtschaft sich aus ebenso zwingenden Gründen wie der Reichsfinanzminister infolge der Auslegung von Lausanne zu einem höchst unerwünschten „Stillhalten“ ihrer Unternehmungslust genötigt sieht, ist auch die Rechnung auf einen Umschwung bis zum Sommer durch keine noch so optimistische Ueberlegung zu rechtfertigen. Wir werden uns jedenfalls noch länger in Geduld fassen müssen.

Trotzdem bemüht sich das Reichsarbeitsministerium im Kabinett um die baldige Verabschiedung eines Arbeitsbeschaffungsplans. Was man darüber hört bietet nicht viel Neues über die Pläne hinaus, die schon wiederholt einer öffentlichen Betrachtung unterzogen worden sind. An die Arbeitsdienstpflicht geht das Reichsarbeitsministerium nicht heran. Wohl aber sollen die öffentlichen Unternehmungen, insbesondere auch Reichspost und Reichsbahn, zur Aufstellung von Voranschlägen für die möglichst umfassende Auftragsgebung an die Gesamtwirtschaft herangezogen werden. Daneben gewinnt der Plan einer Vierzigstundenswoche erneutes Leben, ohne daß aus einer solchen Maßnahme angesichts einer weitgehenden Kurzarbeit in zahlreichen Wirtschaftszweigen heute noch eine wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes zu erhoffen wäre, wobei die Schwierigkeiten einer finanziellen Durchführung der allgemeinen Vierzigstundenswoche noch gar nicht abgewogen sind.

Finanzschwierigkeiten stehen überhaupt allen derartigen Plänen nach wie vor im Wege. Im Reichsarbeitsministerium glaubt man zwar heute noch an ein rostendes Kapital von drei Milliarden Goldmark im Spar- und Hamsterstrumpf der Bevölkerung und möchte diese stattliche Summe, über deren Vorhandensein natürlich nur ganz unbestimmte Vermutungen angestellt werden können, gern durch Auflegung einer inneren Anleihe auf die Beine bringen, weiß aber nicht, wie man das erforderliche Vertrauen der Kleinen und großen Bargeldhüter, wenn sie überhaupt in nennenswerter Zahl vorhanden sind, gewinnen soll. Trotz allem muß die Regierung auch in diesen Fragen zu einem baldigen und durchgreifenden Entschluß kommen.

Sächsischen Regierung auf den 17. April festgesetzt worden. — Einem ausländischen Pressevertreter gegenüber äußerte Hitler, er sei ganz sicher, beim zweiten Wahlgang seine Stimmenzahl zu vermehren. Die Hauptüberraschung beim ersten Wahlgang sei die Abnahme der kommunistischen Stimmen und die bemerkenswerte Geschlossenheit der Sozialdemokratie gewesen. Er habe allein 100.000 Stimmen gewonnen, wie die Zentrumspartei seit 40 Jahren unverändert erziele. — Der Generaldirektor der elsass-lothringischen Staatsbahnen hat etwa zwanzig deutsche Zeitschriften vom Verkauf in den Bahnhofsbuchhandlungen ausgeschlossen. — Die Zahl der amtlich unterstützten Arbeitslosen in Frankreich ist in der Woche vom 6. bis 12. März um 5200 auf 304.000 gestiegen. Während der gleichen Zeit des Vorjahres wurden nur 47.400 Arbeitslose gezählt. — Der Kardinal von Paris hat eine Sammlung für Kirchenbauten veranstaltet, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Es kam so viel Geld zusammen, daß an 32 Kirchen gebaut werden können. — In Tokio sind die Beamten und Arbeiter der Untergrundbahn in den Streik getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, Arbeitswillige, die versuchen, teilweise den Betrieb aufrecht zu erhalten, wurden von Streikenden überfallen. — Die amerikanische Baumwollenernte der Saison 1931/32 wird auf 17.061.000 Ballen geschätzt. Im Vorjahre wurde die Ernte mit 13.920.941 Ballen angegeben.

### Neue Unruhen in Spanien

M. Madrid, 21. März. Zum Protest gegen den Beschluß der Regierung, den Eisenbahnbau Zamorra-Coruna, der Tausenden von Arbeitern Beschäftigung bot, einzustellen, ist in sämtlichen größeren Orten der Provinz Galien der Generalsstreik erklärt worden. Die Stimmung der Bevölkerung, die sich mit der Arbeiterschaft solidarisch zeigt, ist sehr erregt. Es kam bereits zu zahlreichen Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen 13 Personen schwer verwundet wurden. In der Provinz Toledo haben Syndikalistinnen mehrfach große Guthöhle angezündet. In der Provinz Jaen wurde der Generalsstreik erklärt. In verschiedenen Dörfern kam es zu Zusammenstößen zwischen Landarbeitern und Grundbesitzern, bei denen es mehrere Verwundete gab. Die Polizei hat einen von der portugiesischen Grenze kommenden, für spanische Kommunisten bestimmten Waffentransport beschlagnahmt.

### Japans Chinapolitik

M. Tokio, 23. März. Der japanische Außenminister Fuchisawa äußerte sich im japanischen Parlament über die Chinapolitik Japans. Zur mandchurischen Frage erklärte er, die Beziehungen Japans zu dem neuen Freistaat hätten bisher lediglich darin bestanden, daß Japan den

Empfang der Mitteilung des mandchurischen Außenministeriums vom 12. März über die Gründung des Staates bekräftigt habe. Es liege im allgemeinen Interesse der mandchurischen Republik, wenn sie, wie mitgeteilt, die bestehenden Verträge anerkenne und die Politik der Offenheit für verfolgen werde. Auf die Schanghai-Frage übergehend, sagte Fuchisawa, sie habe für Japan mehr wirtschaftliches als politisches Interesse, während die Interessen in der Mandchurei von überragender Wichtigkeit in politischer Hinsicht seien.

### Keine Konferenz in Schanghai?

Die beabsichtigte Konferenz in Schanghai läuft Gefahr, nicht zustande zu kommen. Die japanischen Offiziere füllen sich durch die Belagerung der chinesischen militärischen Vertreter, an der Konferenz teilzunehmen, beleidigt, obwohl die chinesische Regierung sich zur Entsendung von Vertretern bereit erklärt hat. Es besteht daher die Möglichkeit, daß sich die Japaner vollkommen von den Verhandlungen zurückziehen.

### Japan will seine Truppen aus Schanghai zurückziehen.

Wie amtlich aus Tokio mitgeteilt wird, hat die japanische Regierung die Absicht, die Truppen aus Schanghai sofort zurückzuführen, ohne irgendwelche Verhandlungsergebnisse abzuwarten. Japanische Truppen für einen hinreichenden Schutz der Niederlassung sollen jedoch in Schanghai verbleiben.

## Kleine politische Nachrichten

**Bittere Folgen politischen Zettellebens.** In Baden ist der Finanzsekretär Otto Kuhnert bei der Domänenabteilung des Finanzministeriums in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. Kuhnert war vor der Reichspräsidentenwahl beim Zettelleben ertappt worden und wurde vom Schnellrichter zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

**Die Schweiz für Deflation.** Die Schweizer Bundesregierung hielt vor kurzem eine mehrtägige Sitzung, um über die Bekämpfung der Krise zu beraten. Das Ergebnis war folgendes: Schutz gegen ausländische Waren, Anpassung der Schweizer Preise an die Preise des Auslandes, Preiskontrolle, Abbau der Hypothekenzinsen, Lohn- und Gehaltsabbau, Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Das Manifest des Bundesrates schloß: „Das Schweizer Volk wird voraussichtlich die Kosten der Lebenshaltung, an die es bis jetzt gewöhnt war, nicht mehr dauernd aufbringen und genötigt sein, sich einer größeren Einfachheit zuzuwenden.“

**Polen zu handelspolitischer Zusammenarbeit mit Oesterreich bereit.** Wie von maßgebender polnischer Seite erklärt wird, hat der polnische Gesandte in Wien den österreichischen Bundeskanzler auf dessen feinerzeitige an alle Staaten gerichtete handelspolitische Aufforderung hin eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, Polen sei ganz bereit, zur Einberung der besonders schwierigen Lage Oesterreichs beizutragen.

**Finanzschwierigkeiten in Griechenland.** Die griechische Regierung Venizelos hat ihren Rücktritt beschloßen, da am 1. April 375.000 englische Pfund für den Zinsendienst fällig werden. Die Bezahlung dieser Summe würde die Deckung der Drachme aufheben, wofür Venizelos gegenüber dem Volk die Verantwortung nicht übernehmen will.

**Irland und England.** Im irischen Senat erklärte de Valera, daß der Treueid abgeschafft und die Zahlungen an England zurückgehalten werden sollten. Die irische Regierung wünsche jedoch, auch weiterhin in guten Beziehungen mit den anderen Staaten und insbesondere mit England zu leben.

**Japanische Marinetruppen landen in Hankau.** Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet aus Schanghai, daß japanische Marinetruppen in Hankau gelandet wurden. Der Chef der japanischen Marine, Admiral Fuchisawa, erklärte, die Landung erfolge auf Grund des Beschlusses der japanischen Regierung zum Schutze der japanischen Interessen.

## Bermischtes

**Was singt der Schwab. Sängerbund in Frankfurt?** Für das 11. Deutsche Sängerbundesfest Frankfurt a. M. sind vom Musikausschuß des Schwab. Sängerbundes im Einverständnis mit dem engeren Ausschuß als Einzelvortrag des Bundes folgende Chöre bestimmt worden: a) „Der König in Tule“, Volkswiese; b) „Schöne Augen, schöne Strahlen“, Weise nach F. Brahms; c) „Nuß i dein zum Stäblele naus“ von Silcher. Es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß Schwabens Sänger mit diesen gut ausgewählten Chören in Frankfurt viel Ehre und Freude erzielen werden.

**Welches Alter stellt die meisten Erwerbslosen?** Nach einer Veröffentlichung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung war am 15. Januar 1932 bei den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung die Altersklasse zwischen 25 und 30 Jahren am stärksten besetzt. 18,1 vom Hundert der Hauptunterstützungsempfänger gehören in diese Gruppe. Fast ein Viertel der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger befindet sich in der Altersklasse zwischen 21 und 25 Jahren, während zu dieser Altersklasse nur 15,8 Prozent der männlichen Hauptunterstützungsempfänger gehören. Bei den männlichen jugendlichen Hauptunterstützungsempfängern bis zu 21 Jahren wurden 11,8 Prozent und bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern 21,1 Prozent gezählt. Gegenüber den früheren Zählungen vom Januar 1931 und vom 15. Juli 1931 ist eine Verschiebung in der Höherbesetzung der Altersgruppen von über 21 bis zu 45 Jahren und von über 45 bis zu 60 Jahren eingetreten. Die Altersgruppen bis zu 21 Jahren und über 60 bis zu 65 Jahren haben sich entgegen der allgemeinen Tendenz in der Besetzung verbessert, — die umgekehrte Entwicklung ist jedoch bezüglich der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung eingetreten.

Bestellen Sie für April das „Salwer Tagblatt“!

Das

In  
machte  
über da  
Gewerb  
nach ein  
des Ha  
Kriege,  
sachlich  
ist, daß  
ren Ge  
Danzig  
werbef  
handl  
Beruf  
Die Ge  
Feder,  
zu vert  
viellei  
der Fal  
machen  
er etwa  
er Flu  
stande  
weiter  
des Ha  
daß die  
mente  
zum M  
Daher  
man un  
lofen G  
noch du

Die De

Die  
Ausma  
erliche  
Fall der  
die wirt  
geben i  
bereits  
im Jah  
Baiersch  
genden  
die Deu  
übertrag  
Anleis  
in diese  
läufer i  
felt vor

Die  
Osterfe  
scheine  
pagan  
Mannsch  
mannsch  
spielt Ge  
Ostermo  
„Nordde

Rei

Am D  
heim, n  
unsere ord

Bezi

stat. Da  
erwünscht.

Bed  
Dich  
Bezi

## Das Handwerk verlangt Einschränkung der Gewerbefreiheit

In der Vollziehung der Stuttgarter Handwerkskammer machte Syndikus Megeer bemerkenswerte Ausführungen über das Verlangen des Handwerks auf Einschränkung der Gewerbefreiheit. Er betonte, daß der Ruf des Handwerks nach einer Einschränkung der Gewerbefreiheit zum Schutze des Handwerks heute größere Berechtigung hat als vor dem Kriege, weil inzwischen eine derartige Umwälzung in wirtschaftlicher und auch in jeder sonstigen Hinsicht eingetreten ist, daß das Problem der Gewerbefreiheit heute unter anderen Gesichtspunkten behandelt werden muß als früher. In Danzig und Memel hat man bereits Abkehr von der Gewerbefreiheit genommen, indem dort nur derjenige ein Handwerk betreiben darf, welcher bei der Anmeldung durch eine Handwerkerkarte den Nachweis erbringen muß, daß er die Berufsbezeichnung zum Betriebe dieses Handwerks besitzt. Die Gewerbefreiheit ist zu einer Zügellosigkeit ausgeartet. Jeder, der heute arbeitslos wird und glaubt, ein Handwerk zu verstehen, wenn er dasselbe auch nicht gelernt hat und vielleicht nur ein paar Jahre neben einem Handwerker in der Fabrik gestanden ist, glaubt einen eigenen Betrieb aufmachen zu können. Er kann dies ohne Rücksicht darauf, ob er etwas versteht, ob er minderjährig oder volljährig ist, ob er Pflucharbeit oder meißermäßige Arbeit zu liefern imstande ist. Derartige Pflucharbeit werden dann ohne weiteres zum Handwerk gerechnet und das Gesamtansehen des Handwerks leidet darunter, ganz abgesehen davon, daß die Existenz des soliden Handwerks durch derartige Elemente untergraben wird. Solche Fälle sind gegenwärtig zum Nachteil des soliden Handwerks an der Tagesordnung. Daher muß ernsthaft heute die Frage geprüft werden, ob man unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit einer restlosen Gewerbefreiheit, wie wir sie bisher hatten, überhaupt noch durchkommt.

## Turnen und Sport

Die Deutsche Skimeisterschaft 1933 endgültig in Freudenstadt-Baiersbrunn.

Die umfangreichen Vorbereitungen und das gewaltige Ausmaß einer Deutschen Skimeisterschaft lassen es möglich erscheinen, daß der veranaltende Landesverband, in diesem Fall der Schwäbische Schneelaufbund, Sorge dafür trägt, daß die wirtschaftliche Sicherheit einer solchen Veranstaltung gegeben ist. Erkreulicherweise kann mitgeteilt werden, daß bereits jetzt die beiden die nächste Deutsche Skimeisterschaft im Jahr 1933 durchführenden Gemeinden — Freudenstadt-Baiersbrunn im Schwarzwald — die Zeichnung eines genügenden Sicherheitsgrundrisses beschlossen haben. Damit ist die Deutsche Skimeisterschaft endgültig an diese beiden Orte übertragen. Von dem bekannten bei Freudenstadt gelegenen Anlebs wird ein neuer Skifahrtsweg nach Freudenstadt in diesem Sommer geschlagen, so daß die zahlreichen Skifahrer im kommenden Jahr eine neue schöne Tourenmöglichkeit vorfinden.

### Fußballvorschau für Javelstein.

Die Leitung der SpVgg. Teinach-Javelstein hat für die Osterfeier tag Spielstarke Vereine als Gegner zu Gast. Am Ostermontag empfängt die SpVgg. T.-J. die bekannte Propagandamannschaft des FC. Birkenfeld. Die zweite Mannschaft T.-J. mißt sich an diesem Tag gegen die Reservemannschaft des VfR. Pforzheim. T.-J. 3. Mannschaft spielt gegen die 3. Mannschaft von VfR. Pforzheim. — Auf Ostermontag verpflichtet man drei Mannschaften des FC. „Nordstern“ Pforzheim und zwar erste, zweite und A.-D.

(0A) 24.3.32

Jede überflüssige Einfuhr von 6000 R.-M.-Industriewaren oder von 2250 R.-M.-Nahrungsmitteln macht eine deutsche Familie ein Jahr arbeitslos.

**Kauft deutsche Ware und Ihr schafft Arbeit und Brot**

Mannschaft. Der Verlauf der Spiele verspricht sehr interessant zu werden. (Spielbeginn im Anzeigenteil.) W.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Der Württ. Sparsparbund e. V. Stuttgart schreibt uns: Es empfiehlt sich, bei allen Rückzahlungen von Auswertungsguthaben, wie Hypotheken, Lebensversicherungen usw. folgenden Vorbehalt geltend zu machen: „Ich nehme die Zahlung an, behalte mir aber ausdrücklich alle Ansprüche für den Fall späterer Aenderung der Auswertungsgesetze oder Aenderung der Rechtsprechung vor.“

**R.G. Berliner Produktendörse vom 23. März**  
 Weizen märk. 248—250; Roggen märk. 194—196; Ruffenroggen 195; Braugerste 183—190; Futter- und Industriegetreide 170—190; Hafer märk. 157—164; Weizenmehl 30.75 bis 34.40; Roggenmehl 26.75—27.90; Weizenkleie 10.80—11.10; Roggenkleie 10.40—10.70; Viktoriaerbsen 18—25; H. Speiserbsen 21—24; Futtererbsen 15—17; Pelusiden 16.50—18.50; Ackerbohnen 15—17; Wicken 16—19.50; Lupinen, blaue 11 bis 12; dto. gelbe 15—17; Geradella, neue 32—38; Leinkuchen 12.20; Erdnußkuchen 13.40—13.60; Erdnußkucheneiweiß 13 bis 13.20; Trockenschnitzel 8.70; Kartoffelflocken 16.80—17.

**Fruchtpreise**  
 Malen: Weizen 12.50—14.50; Roggen 12—13; Esparsetten 21; Gerste 9.20—11; Hafer 8.20—10.50; Wicken 9—10 M. — Niedlingen: Braugerste 8.20—10; Saatgerste 8.70—10.50; Hafer 8—10.50; Saathaber 9—10.50; Saatweizen 12.50; Erbsen 14—16; Erper 21; Wicken 13 M. — Leutkirch: Roggen 16; Gerste 10.50; Hafer 8.00—9.55 M. — Tuttlingen: Weizen

13.50—14; Gerste 9.50—10; Hafer 9.50—12; Saathaber 11.50 bis 12 M. — Weilderstadt: Weizen 15.50—16.50; Gerste 10.50 bis 11.50 M.

### Schweinepreise

Balingen: Milchschweine 18—23 M. — Bopfingen: Milchschweine 13—19, Läufer 39 X. — Ravensburg: Ferkel 13 bis 25, Läufer 45 M. — Saulgau: Ferkel 17—23 M. — Ulm: Saugschweine 16—21 M.

Ergebnis der Schweinezählung vom 1. März 1932 in Württemberg.

Unter 8 Wochen alte Schweine (Ferkel) 225 101 (am 1. Dezember 1931 145 079), 8 Wochen bis 1/2 Jahr alte Schweine (Jungschweine) 281 828 (313 075), 1/2—1 Jahr alte Zuchtfer 954 (1020), 1/2—1 Jahr alte trächtige Zuchtfer 5410 (5670), 1/2—1 Jahr alte sonstige Zuchtfer 5774 (6183), alle anderen 1/2—1 Jahr alte Schweine 91 538 (103 212), 1 Jahr alte und ältere Zuchtfer 1444 (1433), 1 Jahr alte und ältere trächtige Zuchtfer 25 103 (25 216), alle anderen 1 Jahr alte und ältere Zuchtfer 15 331 (18 239), alle anderen 1 Jahr alte und ältere Schweine 6640 (10 807), Gesamtbestand 258 853 (320 013). Eine eingehende Besprechung wird in der nächsten Nummer der „Mitteilungen des Statistischen Landesamts“ erfolgen.

## Obstbau

### Wie wird Beerenobst geschnitten?

Die Kultur des Beerenobstes ist äußerst einfach. Die Beerensträucher wachsen außerordentlich gern, bescheiden sich auch mit einem mageren Boden, sind aber für gute Düngung sehr dankbar. Es ist aber Tatsache, daß die Beerensträucher nur selten richtig geschnitten und gepflegt werden. Diese Beobachtung kann vielfach gemacht werden. Ich fand in einem Hausgarten die Sträucher in einer Weise geschnitten, die jeder Beschreibung spottet. Der Schnitt bestand darin, daß die Sträucher gleichmäßig abgekipelt waren, und zwar so stark, daß vom Tragholz kaum ein kurzer Stumpfen übrig blieb. Eine befriedigende Ernte ist natürlich ausgeschlossen. Ein Auslichten und Entfernen der dünnen Zweige fand nicht statt. Der eigentliche Schnitt der Beerensträucher, der jetzt noch gut vorgenommen werden kann, besteht in der Hauptsache darin, daß die alten und schwachen Triebe rücksichtslos entfernt werden, dagegen bleiben die jungen und kräftigen stehen. Diese Arbeit wird erleichtert, wenn man auch beim Strauch die Verästelung nicht direkt am Boden, sondern erst in einer Höhe von 15—20 Zentimeter über dem Boden beginnen läßt, wenn man also ein kleines Stämmchen heranzieht. Alle aus dem Boden kommenden Wasserhölzer sind dann zu unterdrücken. Früher verlangte man im zeitigen Frühjahr einen Rückschnitt der vorjährigen Triebe. Wenn aber ein genügendes Auslichten stattgefunden hat, kann man das Entspitzen der Sträucher unterlassen. Ich habe schon seit Jahren keinen eigentlichen Rückschnitt mehr vorgenommen und damit nur gute Erfahrungen gemacht. Jedenfalls ist ein starkes Entspitzen unnötig und schädlich. W.

## Kirchliche Nachrichten

**Gottesdienste der Methodistengemeinde.**  
 Karfreitag, 25. März 1932.  
 Calw, Karfreitag vorm. 9 1/2 Uhr: Predigt (Harsch). — Sonntag abend 8 Uhr: Passions-Gesangsgottesdienst. — Stammheim, Karfreitag vorm. 10 Uhr: Predigt (Schneider). — Oberkollbach, Karfreitag vorm. 10 Uhr: Predigt (Fritz).

**Reichsbund der Kriegsverwundeten**  
**Rehem. Kriegsteilnehmer und Krieger-**  
**hinterbliebenen Bezirksleitung Calw**  
 Am Ostermontag, den 28. März, findet in Stammheim, nachmittags 1/3 Uhr im Gasthof zum „Adler“ unsere ordentliche  
**Bezirks-Generalversammlung**  
 statt. Das Erscheinen der Mitglieder des Bezirks ist dringend erwünscht.  
 S. A.: Rappold.

**Methodistenkapelle Calw**  
 Der für Karfreitag nachmittags 2 Uhr ausgegebene  
**Passions-Gesangsgottesdienst**  
 findet eines Todes alles wegen  
**abends 1/2 8 Uhr statt.**  
 Sämtliche Bezirkschöre wirken mit und als Solist Herr Prediger Schmeißer-Ragold.  
 Jedermann ist freundlich eingeladen. Eintritt frei!

Gesucht wird für sofort oder 15. 4. schöne sommerl.  
**3-4-Zimmer-Wohnung**  
 in der Stadt oder evtl. auch außerhalb.  
 Erlangebote zur Vermittlung an Hans Rieger, Calw, Turmstraße 9

+

Für die so überaus zahlreichen Beweise herzlicher Liebe und wohlthuerender Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Heimgang unseres lieben Entschl. enen

**Wilhelm Schöttle**  
 Ratsdiener a. D.  
 erfahren durften, sagen innigen Dank  
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen.  
 Calw, den 23. März 1932.

**Schuh kann jeder SALAMANDER tragen**

Es wäre Verschwendung, minderwertige Schuhe zu kaufen, seit Salamander Qualität so billig ist!

HERRENSCHUHE	Große Auswahl zu	12.50
DAMENSCHUHE	Sonderpreis	9.75
DAMENSCHUHE	Hauptpreislage	12.50
KNABEN- und BACKFISCH-SCHUHE		9.75
		12.50

**SALAMANDER**  
 Alleinverkauf: Fr. Dongus, Marktplatz 9 - Telefon 161

**Heu u. Dehmd**  
 (Bergfutter)  
 verkauft  
 E. Haug, Bischofstraße 8.  
 Gutes  
**Heu** (Bergfutter)  
 verkauft  
 Fr. Pfommer, Unteres Ledereck  
 Telefon 317.  
 Einen sehr wachsamem  
**Hofhund**  
 (Wolf)  
 verkauft  
 Claus, Rötendach

Oberkollbach, den 23. März 1932.

**Todes-Anzeige**

+

Verwandten, Freunden und Bekannten die überaus schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere treubeforgte Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

**Marie Stahl**  
 geb. Umber

im Alter von 50 1/2 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.  
 Beerdigung Karfreitag mittags 2 Uhr.

**Bedenke, daß, wenn Du Aufträge außerhalb des Bezirks gibst, Du Dich selbst schädigst, denn Du schaffst dadurch Arbeitslose in deinem Bezirk, dessen Arbeitslosenunterstützung Du mitbezahlen mußt**

# Amtl. Bekanntmachungen Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932

(Zweiter Wahlgang).

Die Gemeindebehörden werden hiermit auf den Erlaß des Innenministeriums über die Neuwahl des Reichspräsidenten (Zweiter Wahlgang) vom 22. März 1932 (Staatsanzeiger Nr. 68) hingewiesen und veranlaßt, das hienach Erforderliche alsbald einzuleiten.

- Dabei ist insbesondere zu beachten:
1. Für die ordnungsmäßige unverzügliche Bekanntmachung des Wahltags und die rechtzeitige Aufstellung und Auslegung der Stimmlisten nach den gesetzlichen Bestimmungen ist Sorge zu tragen. Die Auslage der Stimmlisten hat gemeinsam für die am 24. April 1932 stattfindende Landtagswahl in der Zeit vom 20. März bis 8. April 1932 zu erfolgen.
  2. Eine Anzeige über die vorläufige Zahl der Stimmberechtigten an das Oberamt ist für den zweiten Wahlgang nicht erforderlich.
  3. Die für den ersten Wahlgang getroffene Abgrenzung der Stimmbezirke wird auch für die Wahl am 10. April 1932 beibehalten.
  4. Die Abstimmungszeit dauert in den Abstimmungsbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr und in den übrigen Abstimmungsbezirken von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr.
  5. Beim zweiten Wahlgang sind wieder die dunkelblauen Wahlumschläge mit dem Aufdruck "Reichstag" und dem Stempel des Innenministeriums zu verwenden, soweit sie noch gebrauchsfähig sind. Die Gemeindebehörden haben sich davon zu überzeugen, ob die Umschläge verwendbar und leer sind und dafür zu sorgen, daß unbrauchbar gewordene Umschläge (z. B. beschädigte oder mit Vermerken versehene) ausgeschieden und etwaige Stimmzettel aus einer früheren Abstimmung entfernt werden. Ein etwaiger Bedarf an dunkelblauen Umschlägen ist bis spätestens 29. März 1932 dem Oberamt anzumelden. Die von den Gemeindebehörden bereits zurückgegebenen Wahlumschläge von der Wahl am 13. März 1932 werden denselben demnächst wieder zugehen.
  6. Die Stimmzettel für den zweiten Wahlgang sind nach § 14 R.St.O. auf rotem Papier anzustellen.
  7. Die Stimmzettel werden auch für den zweiten Wahlgang amtlich hergestellt und den Gemeindebehörden vom Oberamt geliefert, sie werden aus hellgrünem Papier hergestellt sein. Die Gemeindebehörden haben besondere Sorgfalt darauf zu verwenden, daß im Abstimmungsraum nur hellgrüne Stimmzettel aufgelegt werden und daß nicht versehentlich die für den ersten Wahlgang bestimmten und unverwendet gebliebenen weißen Stimmzettel in den Abstimmungsraum gelangen.
  8. Spätestens am 6. April d. J. ist die in § 47 Abs. 1 P. 1. H. D. vorgeschriebene ortsübliche Bekanntmachung zu erlassen.
  9. Die Zahl der ausgestellten Stimmzettel ist spätestens am 11. April d. J. von der Gemeindebehörde dem Oberamt anzuzeigen.
  10. Die für diese Wahl erforderlichen Formulare werden mit Ausnahme der Stimmlisten vom Oberamt gemeinsam bestellt und den einzelnen Gemeinden nach Eingang beim Oberamt alsbald überhandt.
- Calw, den 28. März 1932.  
Oberamt: Rippmann.

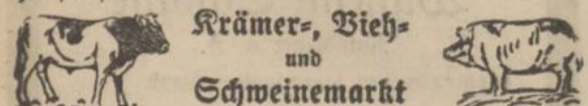
## Bekanntmachung

Die beteiligten Kreise werden auf die Bekanntmachung der Zentralstelle für die Landwirtschaft im Staatsanzeiger vom 21. März 1932 Nr. 67 betr. Abhaltung von Unterrichtskursen im Hufbeschlag hingewiesen. Der Staatsanzeiger kann bei den Bürgermeisterämtern eingesehen werden.

Calw, den 22. März 1932.  
Oberamt: Rippmann.

## Stadtgemeinde Neubulach.

Zu dem am Ostermontag, den 28. März d. J. hier stattfindenden



Krämer-, Vieh- und Schweinemarkt

geht hiermit Einladung. Vom Vieh sind Ursprungszeugnisse mitzubringen. Personen und Vieh aus verseuchten Gebieten dürfen den Markt nicht besuchen.

Neubulach, den 22. März 1932.  
Bürgermeisteramt.

## Bezirksvertreter

gesucht für das hiesige Oberamt. Bei Bewährung Dauerstellung und feste Bezüge.

Vauparkasse Schwabenkreuz A. S., Stuttgart  
Königsstraße 43 B.

Ziehung 2. April  
die Deutsche Württ  
und  
**Geld-Pferde-Lotterie**  
2267 Geldgewinne und 8 Pferde Mark

**13000**  
Geldgewinn Mark

**10500**  
Geldgewinn Mark

Losse zu M. 1,- 13 Lose 12 Mark  
Pferde und Lose 30 Pf. mehr

**J. Schweickert**, Stuttgart  
Telephon 24641 - Postfach Stuttgart 2055  
Hier in allen Verkaufsstellen

## Landtagswahl am 24. April 1932

Die Gemeindebehörden werden auf den Erlaß des Innenministeriums über die Landtagswahl vom 19. März 1932, Staatsanzeiger Nr. 66, hingewiesen und veranlaßt, das hienach Erforderliche alsbald einzuleiten.

- Insondere ist folgendes zu beachten:
1. Der Wahltag ist unverzüglich in ortsüblicher Weise bekanntzumachen.
  2. Wahlberechtigt zum Landtag ist jeder deutsche Staatsbürger (Reichsangehörige), der am Wahltag (24. April 1932) das 20. Lebensjahr vollendet und in Württemberg seinen Wohnsitz hat.
  3. Die Stimmlisten (Stimmkarteien) sind bis spätestens 20. März 1932 anzustellen. Alsbald nach Fertigstellung der Stimmlisten (Stimmkarteien) ist dem Oberamt auf kürzestem Weg (fern-mündlich) die vorläufige Zahl der Stimmberechtigten zu berichten. Die Stimmlisten (Stimmkarteien) sind in der Zeit vom 20. März bis 8. April 1932 (je einschließlich) zu jedermanns Einsicht auszulegen. Im übrigen wird auf die Beachtung von Ziff. IV des genannten Ministerialerlasses verwiesen.
  4. Spätestens am 25. April d. J. ist dem Oberamt die Zahl der ausgestellten Stimmzettel anzuzeigen.
  5. Über die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke, Bestimmung der Abstimmungsräume und Festsetzung der Abstimmungszeit wird hiermit folgendes bestimmt:
    - a) Die Abstimmungsbezirke und Abstimmungsräume sind die gleichen wie bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932.
    - b) Die Abstimmungszeit dauert in den Abstimmungsbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, in den übrigen Abstimmungsbezirken von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr.
  6. Wegen der Bestellung der Abstimmungsvorsteher und deren Stellvertreter ist dem Oberamt bis zum 31. d. Mts. ein geeigneter Vorschlag zu machen.
  7. Spätestens am Mittwoch, den 20. April 1932, haben die Gemeindebehörden in ortsüblicher Weise bekanntzugeben:
    - 1) Die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Lage der Abstimmungsräume sowie Tag und Stunde der Abstimmung.
    - 2) daß die Stimmzettel amtlich hergestellt sind und alle zugelassenen Bezirkswahlvorschläge enthalten unter Angabe der Wählervereinigung oder eines sonstigen Kennworts und der Namen der Bewerber.
    - 3) daß der Stimmberechtigte bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder auf andere Weise den Bezirkswahlvorschlag bezeichnen, dem er seine Stimme geben will.
    - 4) daß Stimmzettel, die diesen Bestimmungen nicht entsprechen, oder die mit Zusätzen versehen, oder die nicht in amtliche Wahlumschläge gelegt sind, ungültig sind.
  8. Die für die Wahl erforderlichen Formulare werden vom Oberamt gemeinsam bestellt und den einzelnen Gemeinden nach Eingang beim Oberamt alsbald überhandt werden.
- Calw, den 22. März 1932.  
Oberamt: Rippmann.

## Landtagswahl am 24. April 1932

Unter Bezugnahme auf den Erlaß des Innenministeriums an die Wahlbehörden über die Neuwahl des Landtags vom 19. März 1932, Staatsanzeiger Nr. 66, wird hiermit zur Einreichung von Verbindungs- und Wahlvereinstellungen sowie von Verbindungs- und Wahlvereinstellungen aufgefordert.

Die Bezirksvorschlagslisten müssen bis spätestens Donnerstag, den 7. April 1932, abends 6 Uhr, bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Bezirkswahlausschusses eingereicht sein. Die Bezirksvorschlagslisten dürfen bis zu 6 Bewerbern enthalten, die in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Namen, Vornamen, Stand oder Beruf und Wohnort so deutlich zu bezeichnen sind, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Gleichzeitig mit der Einreichung der Bezirksvorschlagsliste muß eine schriftliche Erklärung jedes vorgeschlagenen Bewerbers über seine Zustimmung zur Aufnahme in die Liste, ferner eine Bescheinigung der Gemeindebehörde über seine Wahlberechtigung vorgelegt werden. Jede Bezirksvorschlagsliste soll mit einem auf die Parteinennung der Bewerber hinweisenden oder einem anderen Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Bezirksvorschlagslisten des gleichen Wahlbezirks deutlich unterscheidet. Jede Wählervereinigung muß bei der Einreichung ihrer Bezirksvorschlagsliste einen Vertreter und einen Stellvertreter bezeichnen. In Ermangelung der Bezeichnung eines Vertreters gilt der erste Unterzeichner der Bezirksvorschlagsliste als solcher.

Die Landesvorschlagslisten sind beim Vorsitzenden des Landeswahlausschusses - Ministerialrat Dr. Kiefer, Stuttgart, Innenministerium, Dorotheenstraße 1, Fernsprecher St. 24941, 24741, 24341, 24141 - bis spätestens Sonntag, den 10. April 1932, abends 6 Uhr, einzureichen. Sie dürfen nicht mehr als 24 Bewerber enthalten.

Bis zu 6 Bezirksvorschlagslisten benachbarter Wahlbezirke mit demselben Kennwort oder mit denselben in der gleichen Reihenfolge aufgeführten Bewerbern können mit einander verbunden werden. Bis spätestens Dienstag, den 12. April 1932, abends 6 Uhr, muß die Verbindung von den Vertretern der zu verbindenden Bezirksvorschlagslisten beim Vorsitzenden des Landeswahlausschusses übereinstimmend schriftlich erklärt werden (Verbindungs-erklärung).

Wenn die auf eine Bezirksvorschlagsliste abgegebenen Stimmen auch bei der Anstellung der auf die Landesvorschlagsliste entfallenden Sitze berücksichtigt werden sollen, muß von den Unterzeichnern der Bezirksvorschlagsliste oder von deren Vertreter bis spätestens Donnerstag, den 14. April 1932, abends 6 Uhr, beim Vorsitzenden des Bezirkswahlausschusses die schriftliche Erklärung eingereicht sein, welcher Landesvorschlagsliste die Bezirksvorschlagsliste sich anschließt (Anschlußerklärung). Die Zustimmung der Unterzeichner dieser Landesvorschlagsliste oder ihres Vertreters zu der Anschluß-erklärung ist dabei schriftlich zu erklären.

Calw, den 22. März 1932.  
Der Vorsitzende des Bezirkswahlausschusses:  
Landrat Rippmann.

## Ihre Verlobung

oder Ihre Vermählung oder sonstige für die Samstag-Nummer unseres Blattes bestimmte Anzeigen aller Art wollen Sie heute noch aufgeben!

## Lichtspiele Bad.-Hof, Calw

Große Sondervorführungen des Riesensfilms aus der Zeit der Christenverfolgung in tönender Wiedergabe



Vorstellungen:  
Ostersamstag nachm. 5 und abends 8 Uhr  
Ostersonntag: 2<sup>o</sup>, 5<sup>o</sup> und 8 Uhr.

## BAD LIEBENZELL Oberes Badhotel wieder geöffnet

## Café Bauer - Bad Teinach

ist ab Karfreitag  
wieder geöffnet  
Um Besuch bittet freundlichst  
Familie Adolf Bauer

## Ostelsheim, Gasthaus z. Röhle

Ostermontag, den 28. März  
**Tanz**  
Es laden ein Tanz- und Streichkapelle Stammheim  
Anfang 7 1/2 Uhr  
Der Besitzer: Gehring

**Maisenbach**  
Am Oster-Montag  
**TANZ**  
Im Gasthaus zum „Hirsch“  
In Jazz-Kapelle

Ich empfehle über die Osterfeiertage  
einen gut bürgerlichen  
Mittags- und Abendtisch  
und lade hierzu höflichst ein  
Johann Göring und Frau  
Penstion Hirsau

Ziehen Sie  
den Anzeigenteil unseres Blattes  
bei Ihren Einkäufen zu Rate

## Schuhfett Lederöl Wagenfett

empfehlte  
R. Hauber

## Ubenarius- Carbolineum

Carl Serva  
Fernsprecher 120

Einen kräftigen  
**Jungen**  
nimmt in die Lehre  
Franz Stoh, Pfisterstr. 1  
Hengstler Steige 1  
Einfach möbl.  
Zimmer  
vermietet  
der Obige.

Hoch in dieser sonnenreichen Gegend...  
Bar Geld in Massen, auch für Sie  
Durch die Staats-Lotterie  
43,5% aller Lose gewinnen  
Ziehung Klasse 22 u. 23 April  
348.000 Gewinne mit über 1000  
114000000  
20000000  
10000000  
4 zu 3000000  
2 zu 2000000  
12 zu 1000000

Eine junge fehlerfreie

Rug- und Fahrhub  
(neumelkig)  
verkauft.  
Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes

Ein 14 Monate alter

Zuchtfarren  
mit Abstammung wird verkauft in der  
Oberen Mühle  
Bad Liebenzell

Verkaufe 11 Jähriger  
schweren  
**Schafftier**

(gut gewöhnt)  
Friedrich Mann  
Flaschner, Holzbrunn

**Saba**  
Creme  
für Schuhe  
Erste  
Terpentin-  
Öl  
Qualität  
u. doch nur  
farbig 25 Pf.  
20 Pf.

Er  
Täg  
der  
a) in  
die Se  
b) in  
die Se  
Auf  
kom  
Für  
kam  
über  
N  
U. p  
Minister  
zur franz  
Konferenz  
eng an di  
halten we  
sei, daß  
nicht in  
und Eric  
müsse vie  
fristige K  
die Natur  
Der V  
nats, Be  
Fehlbezüg  
pächten G  
Franken  
ferenz we  
abstimmun  
gahlungen  
quelle f  
die im An  
werde dur  
Das D  
Bertra  
Gehobne  
langen, de  
Umwälzun  
Revolution  
und die H  
vernichtet  
den überu  
Ministe  
jung, der  
zu verban  
bunds her  
fest eine i  
abstimmun  
gebracht ha  
paratio  
erklärte, da  
ken auf de  
rationen d  
Wenn man  
Aufhebung  
U. K  
flärte in  
stand in  
aufgeh  
zustandes  
publik  
nicht ge  
In der  
Innenmini  
sei. Es wi  
Schwierigk  
hen wurde.  
Parteien  
Instituten  
kammern u  
daten geben  
Soweit  
zum Schuge  
dem Namen  
folgt. In  
Anhebung,  
scharfer Fo  
also danach  
sprechen  
ninus in Ge  
Polnisch  
Ercentes  
U. Dan  
boote Pad  
Danziger  
zwar am  
Ausfuchen  
ten Dan  
Demonstrati